

# **Ralf Witzel**

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Haushalt, Finanzen und Personal

im November 2016

## Meine bisherige Leistungsbilanz der 16. Wahlperiode

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am Nachmittag des 14. März 2012 hat sich der nordrhein-westfälische Landtag überraschend aufgelöst, nachdem der Haushalt der rot/grünen-Minderheitsregierung in 2. Lesung keine Mehrheit im Parlament erhalten hat. Nach einem 60tägigen und für die Liberalen außerordentlich erfolgreichen Wahlkampf unter Federführung unseres heutigen Fraktionsvorsitzenden Christian Lindner MdL sind wir am 13. Mai 2012 mit 8,6 Prozent und 22 FDP-Landtagsabgeordneten in den nordrheinwestfälischen Landtag eingezogen.

Nach der Wahl hat sich die Fraktion personell neu aufgestellt und die politischen Zuständigkeiten für die kommenden fünf Jahre festgelegt. Über meine Aufgabe als stellvertretender Fraktionsvorsitzender hinaus haben mich die Fraktionsmitglieder zum Sprecher für die Bereiche Haushalt, Finanzen und Personal gewählt. Damit verantworte ich für unsere Fraktion das zentrale Thema dieser Legislaturperiode im Landesparlament, das auch Anlaß für die vorgezogene Neuwahl gewesen ist: Lieber neue Wahlen als neue Schulden.

Die Aufstellungen der Landesliste für den 17. nordrhein-westfälischen Landtag, der im Mai 2017 gewählt wird, möchte ich nun zum Anlaß nehmen, Ihnen Bericht über meine parlamentarische Tätigkeit in den zurückliegenden Jahren zu erstatten. Aufgrund der Fülle der Themen und Aktivitäten werde ich mich an dieser Stelle auf eine Auswahl beschränken. Gerne stelle ich Ihnen aber bei Interesse eine Gesamtübersicht meiner parlamentarischen und medialen Initiativen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

lhr

Ralf Witzel MdL



#### I. Haushalt, Finanzen und Personal



Während neun von 16 Bundesländern im laufenden Jahr einen Haushalt aufstellen, der ohne neue Kredite auskommen soll, wird im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen weiterhin auf den Kapitalmarkt gesetzt. Rund 1,6 Mrd. Euro soll an neuen Krediten aufgenommen werden. Zur Einordnung: Dies entspricht rund 80 Prozent der zu zahlenden Bezüge an Polizeibeamte. Es handelt sich hierbei also keinesfalls um eine geringe Summe – auch nicht vor dem Hintergrund des Gesamthaushaltsvolumens von rund

70 Mrd. Euro. Seit 2010 hat die Landesregierung es damit aber immerhin geschafft, die ursprüngliche Kreditaufnahme von 5 Mrd. Euro entsprechend zu reduzieren. Hierfür klopft sich der Finanzminister öffentlichkeitswirksam gerne selber auf die Schulter. Doch die Finanzlage NRWs ist deutlich dramatischer als es die von Finanzminister Dr. Walter-Borjans veröffentlichten Zahlen vermuten lassen. Dies zeigt sich insbesondere an drei Aspekten:

Erstens profitiert das Land – so paradox dies klingen mag – gerade wegen des hohen Schuldenniveaus von der historischen Niedrigzinsphase überproportional stark. Seit dem Jahr 2010 hat es eine Entlastung bei den Zinsausgaben von über 1,5 Mrd. Euro gegeben – trotz eines immer weiter steigenden Schuldenstandes. Ob diese drastische Entlastung des Landeshaushaltes jedoch von Dauer ist, ist völlig offen. Steigt der Zinssatz mittelfristig um nur einen Prozentpunkt, steigen die Zinsausgaben um 1,4 Mrd. Euro. Das Land sitzt also nicht nur auf einem Schuldenberg, sondern gleichzeitig auch auf einer Zinsbombe.

Zweitens überlagern die rasant steigenden Steuereinnahmen die Tatsache, daß unter Rot-Grün die tatsächliche Haushaltkonsolidierung – also die strukturelle Reduzierung des Ausgabenniveaus durch eine Reduktion der Staatstätigkeit – sträflich vernachlässigt wurde. Von fast 18 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen geht die rot/grüne Landesregierung im Vergleich zum letzten Haushaltsplan der Vorgängerregierung des Jahres 2010 aus – Überschüsse werden aber mitnichten erwirtschaftet, weil das Ausgabenniveau hochgefahren wurde. Echte Haushaltskonsolidierung stand nie auf der Agenda von SPD und Grünen – statt dessen diverse kostspielige Wahlgeschenke. Doch auf den Steuerregen ist auf Dauer kein Verlaß.



Und drittens ist die Haushaltssituation des Landes geschönt, weil immer wieder Haushaltstricks anwendet werden. Der Finanzminister läßt sich gerne mit griechischen Finanzbeamten ablichten, die Nachhilfe in Sachen Steuervollzug aus Nordrhein-Westfalen bekommen sollen. Dieser bilaterale Austausch geht aber offenbar in beide Richtungen, denn in NRW hat seit einigen Haushaltsjahr das Greek Balancing Einzug erhalten – die Haushaltszahlen des Landes werden durch umfangreiche Tricks geschönt. Dies reduziert zwar den Kreditbedarf des Landeshaushaltes – was gut in der Öffentlichkeit zu



verkaufen ist –, führt aber bei anderen landeseigenen Unternehmen zu einem erhöhten Kreditbedarf, der zwar der Öffentlichkeit weitestgehend verborgen bleibt, jedoch trotzdem dem Land zuzurechnen ist. Im Jahr 2016 und 2017 entlastet so beispielsweise der Bau- und Liegenschaftsbetrieb den Landeshaushalt um über 800 Millionen Euro, die das landeseigene Sondervermögen selbst am Kapitalmarkt aufnehmen muß. Kurz vor den anstehenden Wahlen hat die rot/grüne Landesregierung darüber hinaus ein kreditfinanziertes Investitionspaket für die Schulinfrastruktur mit einem Gesamtvolumen von 2 Mrd. Euro geschnürt. Im Landeshaushalt sucht man diese Ausgaben jedoch vergeblich, denn sie werden von der NRW.Bank bezahlt. Das Land übernimmt die Zins- und Tilgungslasten, jedoch nicht unmittelbar, sondern erst in der nächsten Legislaturperiode startend und mit einer geplanten letzten Rate im Jahr 2041.

Es zeigt sich wieder: Haushalte werden in den guten wirtschaftlichen Jahren ruiniert, nicht in Zeiten von Wirtschaftskrisen. Es ist daher um so wichtiger, daß Freie Demokraten eine "Politik, die rechnen kann" durchsetzen. Dies gilt im übrigen nicht nur für die alljährlichen Haushaltsberatungen, sondern auch für etliche andere Themen, die in den vergangenen fünf Jahren im Landtag beraten wurden.



Während der gesamten Legislaturperiode hat uns beispielsweise die Abwicklung der ehemaligen Landesbank WestLB mit all ihren Auswirkungen beschäftigt. Der Staat ist nämlich nicht der bessere Unternehmer. Das zeigt das Beispiel WestLB deutlich. Wäre der Landtag schon vor fast zwei Jahrzehnten dem Vorschlag der FDP zur Privatisierung der WestLB gefolgt, wäre dem Steuerzahler dieses Milliardengrab erspart geblieben. Der Finanzminister trägt die volle politische Verantwortung für die Restrukturierungsprobleme der letzten Jahre. Der WestLB-Rechtsnachfolger Portigon AG muß Stellen abbauen und weiß nicht wie. Ein Konzept für einen sinnvollen Einsatz qualifizierter

Landesbankbeamter im Landesdienst hat die Landesregierung bis heute noch nicht. Es ist ein bundesweites Novum, daß ein Betriebsrat beklagt, daß Beschäftigte unterfordert sind, da sie keine Aufgaben mehr haben. Dabei schaffen SPD und Grüne munter Hunderte neuer Stellen im Landesdienst, ohne für die Beschäftigten zu sorgen, für die das Land ohnehin auf Dauer die Verantwortung trägt. Seit drei Jahren versucht ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuß, Licht in die von zahlreichen Affären begleiteten Fehlentwicklungen der ursprünglich als Förderbank konzipierten WestLB zu bringen, die sich zuletzt auf Kosten der Steuerzahler zu einer erfolgslosen international tätigen Geschäftsbank entwickelt hatte.

Weiterer politischer Schwerpunkt meiner Tätigkeit im Landtag ist der konsequente Abbau von Bürokratie. Denn ein zu hoher Aufwand für Bürokratie hat nicht nur negative Auswirkungen für die Handlungsfreiheit jedes einzelnen Menschen, für Vereine und nordrhein-westfälische Unternehmen. Sie hat auch massiv nachteilige Folgen für die dringend notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Land und in den Kommunen. In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD und Grüne versprochen, mittelständische Unternehmen von unnötigen bürokratischen Hemmnissen zu entlasten. Erfolgt ist jedoch das Gegenteil. Besonders gravierende Auswüchse sehe ich beispielsweise beim Tariftreue- und Vergabegesetz mit 60-seitiger Rechtsverordnung und Umsetzungsleitfaden, bei Überstandards im LPVG oder beim bundesweit härtesten Rauchverbotsgesetz selbst für den privaten Bereich. Nötig wären hingegen ein Bürokratiedeckel (Für jede neue Vorschrift muß eine alte abgeschafft werden, für jede neue Planstelle eine alte abgesetzt werden.), ein Bürokratie-TÜV (kontinuierliche Überprüfung aller Vorschriften auf Sinnhaftigkeit, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit) sowie Standardabbau und Standardbefreiung.



## II. Essen und das Ruhrgebiet

Neben meinem Einsatz als Fachpolitiker im Land habe ich mich mit verschiedenen Initiativen auch für die Menschen in meinem Essener Wahlkreis und der gesamten Ruhrregion einsetzen können.



Wie bereits in der Vergangenheit habe ich mich auch in diesem Schuljahr wieder umfassend über die Schul- und Bildungssituation in Essen wie auch in den von mir als Landtagsabgeordneten betreuten Städten Mülheim, Oberhausen, Bochum und Bottrop informiert und beobachte unverändert kritisch die fortgesetzte Benachteiligung von Gymnasien und Realschulen bei der Lehrerversorgung, die sich durch offizielle Daten der Landesregierung an konkreten Zahlen belegen lassen. Zudem sind die Klassengrößen an Gesamtschulen belegbar kleiner als an den anderen Schulformen des gegliederten Schulsystems. Auch die Resultate der Lernstandstests aller weiterführenden Schulen - jährlich werden die Kenntnisse der achten Jahrgänge an allen Schulstandorten in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch üblicherweise in sechs Kategorien ermittelt, die in etwa dem Notenschema entsprechen - habe ich in der Region zum Thema gemacht. In vielen Städten des Ruhrgebietes wird seit längerem immer wieder über die Gründung von mehr integrierten Schulangeboten diskutiert. Dies ist vor dem Hintergrund der tatsächlichen

schulischen Leistungsergebnisse unverständlich. Den gezeigten Schülerleistungen der Hauptschulen, die von allen Schulformen erwartungsgemäß das schwächste Niveau aufweisen, sind die der Gesamtschulen am nächsten.

Vor dem Hintergrund zunehmender Brandstiftungen an Fahrzeugen und einer stark rückläufigen Aufklärungsquote habe ich auch die ruhrgebietsweite Problematik von Vandalismusschäden an Pkw regelmäßig im Landtag angesprochen und halte die schlechten Aufklärungsquoten schon fast für eine Einladung an Übeltäter. Das PP Essen ist dabei leider trauriger Bannerträger: Kein anderes Präsidium im gesamten RVR-Gebiet hat so viele abgefackelte Fahrzeuge aufzuweisen wie Essen. Ich fordere daher, die Gewalt gegen Kraftfahrzeuge zu einem neuen polizeilichen Ermittlungsschwerpunkt zu machen. Für die Betroffenen ist die Brandstiftung am eigenen Pkw oft mit erheblichen Belastungen verbunden: Können die Täter nicht ermittelt werden, kommt lediglich die Inanspruchnahme der eigenen Kaskoversicherung in Betracht. Da Fahrzeuge Zeitwerten unterliegen, erhalten Geschädigte daher selbst in diesem Falle oft nur einen Bruchteil der Anschaffungskosten des Fahrzeugs. Zudem müssen sie mit in der Folgezeit höheren Versicherungsprämien rechnen.

Gleiches gilt für die überregional aktiven "Klauboys". Seit langem ist bekannt, daß auch im Ruhrgebiet Handy, Navi, Handtasche und Co. im geparkten und abgeschlossenen Fahrzeug nicht sicher sind, und wer Opfer eines Autoknackers wird, sein Eigentum in der Regel auch nicht wiedersieht. Ich habe daher immer wieder detaillierte Informationen über Autoaufbrüche in der Ruhrregion beim Innenminister eingefordert, deren Auswertung erschreckende Zahlen zutage gefördert haben: In den Jahren 2014 und 2015 sind im Gebiet des Regionalverbandes Ruhr 71.452 Fälle von Diebstählen an und aus Kraftfahrzeugen bekannt geworden, 34.882 davon im Jahr 2014. 2015 waren es mit 36.570 Fällen noch einmal 1.688 mehr als im Vorjahr. Tatsächlich vollendet wurden 60.894 Taten. Der Gesamtschaden im RVR-Gebiet beläuft sich für die beiden Jahre auf knapp 50 Millionen Euro. So hoch die Zahl der Einbrüche ist, so ernüchternd sind die Aufklärungsquoten. RVR-weit konnten gerade einmal 7,88 Prozent der Taten aus 2014 und 2015 aufgeklärt werden, das sind lediglich 5.630 aufgeklärte Taten innerhalb von zwei Jahren im gesamten Ruhrgebiet.



Bereits seit dem ersten Blitzmarathon im Februar 2012 hinterfrage ich die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme und analysiere die Ergebnisse der Tempokontrollen genau. Dies führt jedoch stets zu einer kompletten Ernüchterung und der Bestätigung, daß der Blitzmarathon nichts mehr ist als eine teure PR-Maßnahme des Ministers, um von anderen Defiziten abzulenken. So fällt die Bilanz des Blitzmarathons in Essen wie ebenso in den Nachbarstädten auch 2016 äußerst mager aus. In Essen wurden im April insgesamt 8.695 Fahrzeuge kontrolliert, 385 weit überwiegend geringe Verstöße sind dabei festgestellt worden, 376 davon aufgrund erhöhter Geschwindigkeit. Es ist in keinem Fall von einer besondere Schwere der Handlungen auszugehen. Dennoch sind 45 Beamte insgesamt im Gebiet der Stadt Essen 339 Stunden lang mit der Organisation des Blitzmarathons befaßt gewesen. Im Vergleich mit den Nachbarpräsidien zeigt sich einmal mehr, daß die Essener Kreispolizeibehörde auch 2016 wie bereits in den Vorjahren besonders blitzbesessen ist – und dies vor dem Hintergrund der bekanntermaßen dünnen Personaldecke und den massiven Sicherheitsproblemen in unserer Stadt. Die Einsatzfülle vor Ort ist durch eine stark steigende Einbruchskriminalität, Abiexzesse, Großdemos, Gewalttaten in der Innenstadt, einen Tempelanschlag, eskalierende Fehden von Großfamilien sowie Konflikte in Flüchtlingsunterkünften und neue Salafismusgefahren rasant gestiegen. Die Großlagen und Dauereinsätze sind für die beteiligten Beamten vor Ort ebenso wie der Blitzmarathon nicht folgenlos geblieben: Der Überstundenberg der Polizei ist binnen Jahresfrist von 152.000 Überstunden auf über 160.000 Stunden angeordnete Mehrarbeit angestiegen, weitere faktische Überstunden kommen vielfach hinzu.

### III. Im Dialog mit den Bürgern

Der direkte Kontakt zum Bürger ist für einen Abgeordneten das A und O, um im persönlichen Gespräch die Sorgen und Nöte, aber auch die Gedanken der Menschen aufzunehmen. In Düsseldorf können diese dann in die politische Arbeit einfließen. Neben Bürgersprechstunden nutze ich im Rahmen von Infoständen regelmäßig die Gelegenheit zu Bürgergesprächen. So habe ich beispielsweise die Jungen Liberalen Ruhrgebiet auf ihrer Sommer-Schuldentour begleitet oder Infostände der FDP zum CSD Ruhr besucht. Auch zu Infoständen zu den Kampagnen Rauchverbot und Ladenöffnung sowie zu Aktionen zu örtlichen Bürgerentscheiden war ich in der Ruhrregion unterwegs.





Regelmäßig empfange ich zudem Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis im Landtag. Um den Dialog mit der jungen Generation besser pflegen zu können, stelle ich gerne Schülergruppen Plätze aus meinem Kontingent zur Verfügung. So konnte ich in der ablaufenden Legislaturperiode rund 1.000 Schüler verschiedener Schulen, Schulformen und Jahrgangsstufen begrüßen und mit ihnen über aktuelle politische Fragen diskutieren. Das offizielle Besuchsprogramm ermöglicht den Jugendlichen einen interessanten und abwechslungsreichen Tag im Landesparlament.





Einmal im Jahr wird der sogenannte Jugendlandtag in Düsseldorf durchgeführt, zu dem jeder Abgeordnete einen jungen Mitbürger einladen kann. Jugendliche aus ganz NRW im Alter zwischen 16 und 20 Jahren können dann drei Tage lang auf den Stühlen der Abgeordneten im Plenarsaal und in den Sitzungssälen des nordrhein-westfälischen Parlaments Platz nehmen. Jugendliche aus meinem Essener Wahlkreis nehmen so jedes Jahr für drei Tage ihre Arbeit im Landtag auf und setzen sich mit zwei aktuellen Themen auseinander, die detailliert vorbereitet werden. Die parlamentarischen Abläufe werden von Fraktionssitzungen über Ausschußsitzungen, öffentliche Anhörungen von Experten bis hin zur Plenarsitzung simuliert. Mit den

Beschlüssen der Jugendlichen befassen sich anschließend die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen in den realen Fachausschüssen.

#### IV. Termine und Veranstaltungen

Als Abgeordneter habe ich im vergangenen Jahr an zahlreichen Veranstaltungen in meinem Wahlkreis, der Region Ruhr sowie im gesamten Bundesland teilgenommen – mit einer Bandbreite von Parlamentarischen Abenden großer Unternehmen, Unternehmens- und Verbandsbesuchen, über Podiumsdiskussionen zu Fachthemen bis hin zum Vorlesetag in Grundschulen.

Das ehrenamtliche Engagement der vielen Helfer der Johanniter im Ruhrgebiet stand beispielsweise im Mittelpunkt eines Gesprächs, das ich gemeinsam mit dem Essener FDP-Fraktionschef Hans-Peter Schöneweiß und Vertretern der Hilfsorganisation geführt und bei dem ich mich über die vielfältigen Aufgaben und Tätigkeitsfelder der Johanniter in unserer Region informiert habe. Bei dem Besuch am Essener Standort in der Henricistraße konnte ich die Dienste der Johanniter vor Ort begutachten und mir bei einer Besichtigung der Geschäftsstelle ein Bild von Ausbildung, Jugendarbeit, Haus-Notruf-Dienst, Medizinischem Transportdienst, Katastrophenschutz und Rettungsdienst



machen. Neben aktuellen Entwicklungen in Rettungsdienst und Katastrophenschutz ist hierbei die Freiwilligenarbeit der Johanniter ein wichtiges Gesprächsthema gewesen.



Auch am bundesweiten Vorlesetag der Stiftung Lesen beteilige ich mich regelmäßig. In der Rüttenscheider Sternschule habe ich vor einiger Zeit beispielsweise Amelie Frieds bekannte Geschichte "Der kleine König und das große Geld" den dortigen vierten Klassen vorgelesen. Seit Jahren werbe ich bereits dafür, daß es neben Unterhaltungselektronik auch noch Zeitungen, Zeitschriften und Bücher in den Kinderzimmern gibt und möchte mit der Aktion Lesefreude bei der jungen Generation wecken. Nach der Lesestunde diskutiere ich mit den Grundschülern engagiert über die Geschichte, in diesem Fall konkret über die gefährlichen Folgen einer zu hohen staatlichen Verschuldung.

